

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 15.-18. April 2019 in Straßburg

Sicherer Straßenverkehr: Lebensrettende Technik für Neufahrzeuge

Ab Mai 2022 sind Sicherheitseinrichtungen wie intelligente Geschwindigkeitsunterstützung und Notbrems-Assistenzsysteme in Neufahrzeugen Pflicht.

4

Whistleblower: EU-weiter Schutz für Informanten

Hinweisgeber, die Informationen über illegale oder schädliche Tätigkeiten offenlegen, die im beruflichen Kontext erworben wurden, werden nach neuen EU-Vorschriften besser geschützt.

6

Frontex-Aufstockung: Ständige Reserve von 10.000 Grenzbeamten

Neue Maßnahmen zur Stärkung der Europäischen Grenz- und Küstenwache stehen am Mittwoch zur Debatte und zur Abstimmung.

7

Plenardebatte mit lettischem Premier Krišjānis Kariņš über die Zukunft Europas

Der lettische Premierminister Krišjānis Kariņš wird am Mittwoch ab 10:00 Uhr mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattieren.

8

Debatte über Brexit-Verschiebung am Mittwoch

Die Abgeordneten werden am Mittwoch ab 9:00 Uhr mit Vertretern des Rates und der Kommission über die Verschiebung des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU diskutieren.

9

Neue Formen der Beschäftigung: Parlament will Arbeitnehmerrechte stärken

Am Dienstag will das Parlament Mindestrechte für Arbeitnehmer unterstützen, die auf Abruf, auf der Grundlage von Gutscheinen oder über Plattformen (wie Uber oder Deliveroo) beschäftigt sind.

10

Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelsicherheit soll transparenter werden

Am Dienstag stimmen die Abgeordneten über neue Regeln ab, welche die EU-Risikobewertungsverfahren für Lebensmittelsicherheit transparenter, unabhängiger

und objektiver gestalten sollen. 11

Verringerung der Risiken für die EU-Banken und Schutz der Steuerzahler

Das Parlament wird am Dienstag über einen wichtigen Schritt zum Abbau von Risiken im Bankensystem und zur Schaffung der Bankenunion abstimmen. 12

Stärkere EU-Finanzaufsicht: Besserer Schutz von Steuerzahlern und Verbrauchern

Debatte und Abstimmung über neue Regeln zur Stärkung der EU-Finanzaufsichtsbehörden, die 2011 als Folge der Finanzkrise eingerichtet wurden. 13

Terrorpropaganda im Internet: Eine Stunde zum Löschen

Internetunternehmen müssen Online-Terrorpropaganda binnen einer Stunde nach Eingang einer Meldung entfernen. Es besteht aber keine Pflicht, alle Inhalte, die sie hochladen, zu filtern. 14

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 15

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2019-04-15>

Plenar-Newsletter

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Plenar-Webseite \(mit Live-Übertragung der Plenartagung\)](#)

[Videos der Plenartagungen](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen](#)

[Pressemitteilungen des Europäischen Parlaments](#)

[Multimedia-Center](#)

[Podcasts des wissenschaftlichen Diensts zu Schwerpunktthemen der Plenartagung](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Pressereferentin

☎ (+32) 2 283 11 41 (BXL)

☎ (+33) 3 8817 3603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ michaela.findeis@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 3 022 801 080

☎ (+33) 3 8816 4025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

Press Officer in Austria

☎ (+43) 1 516 172 01

☎ (+33) 3 8817 4646 (STR)

📱 (+43) 676 550 31 26

✉ huberta.heinzel@europarl.europa.eu

Sicherer Straßenverkehr: Lebensrettende Technik für Neufahrzeuge

Ab Mai 2022 sind Sicherheitseinrichtungen wie intelligente Geschwindigkeitsunterstützung und Notbrems-Assistenzsysteme in Neufahrzeugen Pflicht.

Nach den neuen Vorschriften müssen neue Pkw, leichte Nutzfahrzeuge, Lkw und Busse mit den Sicherheitssystemen ausgestattet werden, mit denen Leben gerettet werden sollen. Das entsprechende Gesetz wurde bereits informell mit den EU-Ländern (Rat) vereinbart.

Eines der Systeme ist die intelligente Geschwindigkeitsunterstützung, die Schätzungen zufolge die Zahl der Verkehrstoten auf den Straßen der EU um 20% senken könnte. Das System gibt dem Fahrer Rückmeldungen auf der Grundlage von Karten und Verkehrszeichen, wenn die Höchstgeschwindigkeit überschritten wird. Das System ist kein Geschwindigkeitsbegrenzer und kann vom Fahrer ausgeschaltet werden.

Weitere lebensrettende Systeme, die in Neufahrzeuge eingebaut werden müssen, sind:

- Notbrems-Assistenzsysteme
- fortgeschrittene Ablenkungserkennung
- Notfall-Spurhalteassistent
- Systeme für die Erkennung beim Rückwärtsfahren
- Vorrichtung zum Einbau einer alkoholempfindlichen Wegfahrsperre
- Notbremslicht
- Unfalldatenspeicher ("Black Box")

Im Jahr 2018 waren in der EU etwa 25.100 Todesfälle bei Straßenverkehrsunfällen zu verzeichnen. Schätzungen zufolge kamen zu jedem Toten auf den Straßen der EU im vergangenen Jahr ungefähr fünf Mal so viele Schwerverletzte (rund 135.000) hinzu, so die [vorläufigen Zahlen der Kommission](#).

Abstimmung: Dienstag, den 16. April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[Vereinbarter Text \(auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung zur Vereinbarung mit dem Rat \(26.03.2019\)](#)

[Berichterstatterin Róza Thun \(EVP, PL\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen](#)

[Vorläufige Zahlen zu den Verkehrstoten im Jahr 2018 \(Pressemitteilung der Kommission\)](#)

[Straßenverkehrssicherheitsdaten von 2018, mit Informationen über die einzelnen EU-Länder \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Whistleblower: EU-weiter Schutz für Informanten

Hinweisgeber, die Informationen über illegale oder schädliche Tätigkeiten offenlegen, die im beruflichen Kontext erworben wurden, werden nach neuen EU-Vorschriften besser geschützt.

Die neuen Regeln, die zwischen Parlament und Rat (EU-Länder) vereinbart wurden und am Dienstag zur Abstimmung stehen, legen EU-weite Normen zum Schutz von Informanten fest. Sie würden sichere Wege für das Melden von Verstößen gegen das EU-Recht (in Unternehmen und bei Behörden) schaffen und Vergeltungsmaßnahmen sowie Einschüchterung oder Schikanen gegen Whistleblower erschweren. Zudem müssen die Mitgliedstaaten den Hinweisgebern umfassende und unabhängige Informationen über Berichtswege und alternative Verfahren, kostenlose Beratung zur Verfügung stellen.

Die jüngsten Skandale wie der Finanzskandal Luxemburg-Leaks, die Panama Papers (Panama-Papiere) und die Cambridge-Analytica-Enthüllungen zeigen, dass Hinweisgeber eine wichtige Rolle bei der Aufdeckung von Verstößen gegen das EU-Recht spielen können, die das öffentliche Interesse und das Wohlergehen der Bürger und der Gesellschaft schädigen.

Debatte: Montag, den 15. April

Abstimmung: Dienstag, den 16. April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Pressekonferenz: Dienstag, den 16. April um 15:00 Uhr mit der Berichterstatterin Virginie Rozière (S&D, FR)

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatterin Virginie Rozière \(S&D, FR\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

[EP-Hintergrundinformationen - Schutz von Hinweisgebern auf EU-Ebene](#)

[Merkblatt der EU-Kommission \(auf Englisch\)](#)

Frontex-Aufstockung: Ständige Reserve von 10.000 Grenzbeamten

Neue Maßnahmen zur Stärkung der Europäischen Grenz- und Küstenwache stehen am Mittwoch zur Debatte und zur Abstimmung.

Die Verstärkung der Europäischen Grenz- und Küstenschutzagentur (Frontex) zielt darauf ab, die derzeitigen Mängel zu beheben und den aktuellen Bedürfnissen in den Bereichen Sicherheit und Migration gerecht zu werden.

Die neue ständige Reserve soll die EU-Länder vor Ort bei Grenzkontrollen und Rückführungsaufgaben sowie beim Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität unterstützen. Hintergrund ist die beschlossene Erweiterung der Kompetenzen der Frontex-Agentur. Beginnend mit 5.000 Einsatzkräften im Jahr 2021, würde die ständige Reserve bis 2027 mit 10.000 Mitarbeitern voll einsatzfähig sein. Dazu gehört auch ein Soforteinsatzpool, der in einer Krisensituation eingesetzt werden kann.

Debatte: Mittwoch, den 17. April

Abstimmung: Mittwoch, den 17. April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Pressekonferenz: Mittwoch, den 17. April um 16:30 Uhr mit der Berichterstatterin und EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos (noch nicht bestätigt)

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf](#)

[Pressemitteilung zur Vereinbarung mit dem Rat \(28.3.2019, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Roberta Metsola \(EVP, MT\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Frontex-Webseite](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenardebatte mit lettischem Premier Krišjānis Kariņš über die Zukunft Europas

Der lettische Premierminister Krišjānis Kariņš wird am Mittwoch ab 10:00 Uhr mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattieren.

Dies ist die zwanzigste Aussprache im Rahmen einer Reihe von Plenardebatten der Abgeordneten mit EU-Staats- und Regierungschefs zur Zukunft Europas. Informationen über die bisherigen Debatten [finden Sie hier](#).

Kariņš wurde im Januar 2019 zum Premierminister gewählt. Vor seiner Ernennung war er seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments ("Jaunā Vienotība" - New Unity, EVP).

Nach der Debatte werden der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani und Premierminister Kariņš gemeinsam ein Pressestatement abgeben (um 12:30 Uhr, vor dem Protokollsaal des Parlaments – noch nicht bestätigt).

Debatte: Mittwoch, den 17. April

Pressekonferenz: Mittwoch, den 17. April um 12:30 Uhr mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Antonio Tajani und Premierminister Krišjānis Kariņš (noch nicht bestätigt)

Weitere Informationen

[Webseite des lettischen Premierministers](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Debatte über Brexit-Verschiebung am Mittwoch

Die Abgeordneten werden am Mittwoch ab 9:00 Uhr mit Vertretern des Rates und der Kommission über die Verschiebung des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU diskutieren.

Nach dem Antrag der britischen Regierung auf Verschiebung des Austrittsdatums und dem entsprechenden Beschluss des Europäischen Rates vom 10. April, eine flexible Verlängerung der EU-Mitgliedschaft bis zum 31. Oktober 2019 vorzusehen, werden die Abgeordneten die Einzelheiten dieses Beschlusses und die jüngsten Entwicklungen in einer Debatte mit Vertretern des Rates und der Kommission erörtern.

Unter der Annahme, dass das Vereinigte Königreich in der Zeit zwischen dem 23. und 26. Mai weiterhin Mitglied der EU sein wird, muss es an diesen Tagen an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen oder am 1. Juni 2019 aus der EU ausscheiden.

Debatte: Mittwoch, den 17. April

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission (ohne Entschliebung)

Weitere Informationen

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Neue Formen der Beschäftigung: Parlament will Arbeitnehmerrechte stärken

Am Dienstag will das Parlament Mindestrechte für Arbeitnehmer unterstützen, die auf Abruf, auf der Grundlage von Gutscheinen oder über Plattformen (wie Uber oder Deliveroo) beschäftigt sind.

Das Gesetz, das informell mit den EU-Ministern vereinbart wurde, fordert, dass alle Arbeitnehmer ab dem ersten Arbeitstag über die wichtigsten Aspekte ihres Arbeitsvertrages, wie etwa die Beschreibung ihrer Aufgaben, den Arbeitsbeginn, die Dauer, die Bezahlung und die Normalarbeitszeit pro Tag oder Referenzstunden für unvorhersehbare Arbeitszeiten, informiert werden.

Die neuen Regeln gestehen Arbeitnehmern auch spezifische Rechte zu, die auf die Bedürfnisse jener zugeschnitten sind, die auf Abruf oder auf Grundlage von Gutscheinen oder auf Plattformen beschäftigt sind. Dazu gehören geregelte Arbeitszeiten und Kündigungsfristen von Abrufverträgen. Außerdem sollen Probezeiten eine Dauer von sechs Monaten nicht überschreiten und ein verlängerter Vertrag für dieselbe Beschäftigung zu keiner neuen Probezeit führen.

Debatte Dienstag, den 16. April

Abstimmung: Dienstag, den 16. April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[Pressemitteilung: Neue Arbeitsformen: Abstimmung über verbesserte Maßnahmen der Arbeitnehmerrechte \(07.04.2019, auf Englisch\)](#)

[Vereinbarung mit dem Rat \(EU-Länder\) \(auf Englisch\)](#)
[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichtersteller: Enrique Calvet Chambon \(ALDE, ES\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: Sicherung von transparenteren und vorhersehbareren Arbeitsbedingungen \(auf Englisch\)](#)

[Infografik: „Gig Economy“: EU-Regeln für bessere Arbeitnehmerrechte](#)

Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelsicherheit soll transparenter werden

Am Dienstag stimmen die Abgeordneten über neue Regeln ab, welche die EU-Risikobewertungsverfahren für Lebensmittelsicherheit transparenter, unabhängiger und objektiver gestalten sollen.

Die neuen Regeln, über die sich Parlament und EU-Minister im Februar informell geeinigt haben, schaffen ein gemeinsames europäisches Register der in Auftrag gegebenen Studien, um sicherzustellen, dass Unternehmen, die Zulassung zum Register beantragen, keine für sie nachteiligen Studien zurückhalten. Außerdem wird die Transparenz erhöht und sichergestellt, dass Studien, die von der Industrie zur Unterstützung von Anträgen eingereicht wurden, und von der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit \(EFSA\)](#) genutzt werden, verlässlicher, objektiver und unabhängiger gestaltet werden.

Darüber hinaus können Dritte miteinbezogen werden, um herauszufinden, ob andere relevante wissenschaftliche Daten oder Studien vorhanden sind, sobald die eingereichten Studien seitens der EFSA veröffentlicht wurden.

Debatte: Dienstag, den 16. April

Abstimmung: Mittwoch, den 17. April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

[Pressemitteilung des Rates über vorläufige Einigung mit dem Parlament](#)
Berichterstatlerin: Pilar AYUSO (EVP, ES)

[Berichterstatlerin: Renate SOMMER \(EVP, DE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Verringerung der Risiken für die EU-Banken und Schutz der Steuerzahler

Das Parlament wird am Dienstag über einen wichtigen Schritt zum Abbau von Risiken im Bankensystem und zur Schaffung der Bankenunion abstimmen.

Die Abgeordneten werden über zwei Gesetzesvorschläge abstimmen, die bereits informell mit den Mitgliedstaaten vereinbart wurden. Beim ersten geht es um die Widerstandsfähigkeit der Banken. Gegenstand des zweiten sind klarer formulierte Leitlinien für Banken im Umgang mit Verlusten.

Hauptziel der Vorschriften zur Änderung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen der EU an die Banken ist die Steigerung der Darlehenskapazität und die Schaffung vielschichtigerer und liquiderer Kapitalmärkte. Dadurch soll die Wirtschaft in der EU angekurbelt werden. Mit klarer formulierten Leitlinien für Banken im Umgang mit Verlusten soll dafür gesorgt werden, dass die Banken ausreichend Kapital und Verbindlichkeiten haben und die Steuerzahler besser geschützt werden.

Debatte: Montag, den 15. April

Abstimmung: Dienstag, den 16. April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Eigenkapitalrichtlinie \(CRD V\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Eigenmittelverordnung \(CRR II\)](#)

Berichterstatter Peter Simon (S&D, DE)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Einheitlicher Abwicklungsmechanismus](#)

Berichterstatter Gunnar Hökmark (EVP, SE)

[EP-Hintergrundinformationen](#)

Stärkere EU-Finanzaufsicht: Besserer Schutz von Steuerzahlern und Verbrauchern

Debatte und Abstimmung über neue Regeln zur Stärkung der EU- Finanzaufsichtsbehörden, die 2011 als Folge der Finanzkrise eingerichtet wurden.

Die Neufassung der Vorschriften bedeutet in erster Linie neue Aufgaben und Befugnisse für die Europäische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (ESMA), die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) und die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA). So sollen sie mit den neuen Entwicklungen im Finanzmarktsektor Schritt halten und Steuerzahler und Verbraucher besser schützen können.

Insbesondere würde die Europäische Bankaufsichtsbehörde durch die Erneuerung der Vorschriften zusätzliche Befugnisse erhalten, um Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung direkt anzugehen.

Die Debatte findet am Montagabend statt, mit einer Abstimmung am Dienstag über die Annahme der bereits zwischen Parlament und Rat ausgehandelten Regeln.

Debatte: Montag, den 15. April

Abstimmung: Dienstag, den 16. April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf zur Neufassung der Regeln für die europäischen Finanzaufsichtsbehörden](#)

[Berichtsentwurf über die Finanzaufsicht der EU auf Makroebene und zur Errichtung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken](#)

[Pressemitteilung zur Vereinbarung mit dem Rat \(21.03.2019\)](#)

[Berichtersteller Othmar Karas \(EVP, AT\)](#)

[Berichterstellerin Pervenche Berès \(S&D, FR\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Terrorpropaganda im Internet: Eine Stunde zum Löschen

Internetunternehmen müssen Online-Terrorpropaganda binnen einer Stunde nach Eingang einer Meldung entfernen. Es besteht aber keine Pflicht, alle Inhalte, die sie hochladen, zu filtern.

Die Abgeordneten wollen ihre Verhandlungsposition zu den neuen Regeln für die Verbreitung terroristischer Inhalte im Internet in der EU bekräftigen. Die Kompromissfindung mit den EU-Ministern über das neue Gesetz wird eine Aufgabe für die nächste Legislaturperiode sein.

Der vom Ausschuss für bürgerliche Freiheiten vorgelegte Text sieht Sanktionen von bis zu 4% des Umsatzes des Unternehmens vor, wenn es zu anhaltenden Verstößen kommt. Er umfasst auch Garantien, um die Achtung der Meinungs- und Medienfreiheit zu gewährleisten, sowie Maßnahmen zur Vermeidung eines unverhältnismäßigen Drucks auf kleinere Unternehmen.

Abstimmung: Mittwoch, den 17. April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss](#)

(08.04.2019)

Berichterstatter: Daniel Dalton (EKR, UK)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- CO2-Ausstoss von Lkw, Bericht: Bas Eickhout, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag
- Rechtsstaatlichkeit in Rumänien, Erklärung der Kommission, Debatte Montag
- Visakodex - Bericht: Juan Fernando López Aguilar, Debatte und Abstimmung Mittwoch
- Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten - Bericht: Christel Schaldemose, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag
- Bessere Durchsetzung und Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften - Bericht: Daniel Dalton, Abstimmung Dienstag
- „InvestEU“ - Bericht: José Manuel Fernandes, Roberto Gualtieri, Abstimmung Mittwoch
- Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe - Bericht: Andrejs Mamikins, Abstimmung Dienstag
- „Horizont Europa“ – Regeln für die Beteiligung und die Verbreitung der Ergebnisse - Bericht: Dan Nica, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch
- Marktüberwachung und Konformität von Produkten - Bericht: Nicola Danti, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag
- Europäischer Verteidigungsfonds - Bericht: Zdzisław Krasnodębski, Abstimmung Mittwoch
- Weltraumprogramm der Union und Agentur der Europäischen Union für das Weltraumprogramm - Bericht: Massimiliano Salini, Abstimmung Mittwoch
- Programm „Digitales Europa“ für den Zeitraum 2021–2027 - Bericht: Angelika Mlinar, Abstimmung Mittwoch
- Fazilität „Connecting Europe“ - Bericht: Henna Virkkunen, Marian-Jean Marinescu, Pavel Telička, Abstimmung Mittwoch
- Programm „Justiz“ - Bericht: Josef Weidenholzer, Heidi Hautala, Abstimmung Mittwoch
- Programm „Rechte und Werte“ - Bericht: Bodil Valero, Abstimmung Mittwoch
- Persistente organische Schadstoffe - Bericht: Julie Girling, Abstimmung Donnerstag
- Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen im Bereich Grenzen und Visa (Bericht: Jeroen Lenaers) und im Bereich polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Asyl und Migration

(Bericht: Nuno Melo), Abstimmung Dienstag

- Ergänzendes Schutzzertifikat für Arzneimittel - Bericht: Luis de Grandes Pascual, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch

- Vorschriften zur Erleichterung der Nutzung von Finanz- und sonstigen Informationen - Bericht: Emil Radev, Abstimmung Mittwoch

- Europäisches Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in Industrie, Technologie und Forschung und Netz nationaler Koordinierungszentren - Bericht: Julia Reda, Abstimmung Mittwoch

- Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge - Bericht: Andrzej Grzyb, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag

- Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht - Bericht: Tadeusz Zwiefka, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag

- Grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen - Bericht: Evelyn Regner, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag

- Programm „Fiscalis“ für die Zusammenarbeit im Steuerbereich - Bericht: Sven Giegold, Abstimmung Mittwoch

- Europäische Arbeitsbehörde - Bericht: Jeroen Lenaers, Abstimmung Dienstag

- Beaufsichtigung von Wertpapierfirmen - Bericht: Markus Ferber, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch

- Untersuchungen von OLAF im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft - Bericht: Ingeborg Gräßle, Abstimmung Dienstag

- Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission über den Legislativvorschlag zum Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments - Anfragen zur mündlichen Beantwortung, Donnerstag

- Lage in Mosambik, Malawi und Simbabwe nach Wirbelsturm „Idai“, Erklärungen von Rat und Kommission

- Lage in Libyen, Erklärung der EU-Außenbeauftragten

- Cybersicherheit und Maßnahmen zur Gewährleistung der Integrität der Europawahl 2019, Erklärung der Kommission

- Einwand zur Delegierten Verordnung der Kommission zur Richtlinie über die Einführung und den Betrieb kooperativer intelligenter Verkehrssysteme

- Vorschlag für eine Verordnung des Rates über Maßnahmen betreffend die Ausführung und die Finanzierung des Gesamthaushaltsplans der Union im Jahr 2019 im Zusammenhang mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union, Bericht: Jean Arthuis, Abstimmung Mittwoch